

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 99 (2024)
Heft: 5

Artikel: SIK-S fordert Milliarden-Fonds für die Armee
Autor: Kienzi, Cécile
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SIK-S fordert Milliarden-Fonds für die Armee

Die sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK-S) hat die Beratung der Armeebotschaft 2024 abgeschlossen. Dabei hat sie zwei brisante Pläne vorgeschlagen.

Wm Cécile Kienzi, Co-Chefredaktorin

Das Armeebudget wird seit Monaten kontrovers diskutiert. Während das Parlament 2022 beschlossen hatte, die Armeeaussgaben bis 2030 auf 1 Prozent des BIP anzuheben, ruderte es nach dem Vorschlag des Bundesrates im Dezember 2023 wieder zurück und verlängerte die Erhöhung bis ins Jahr 2035. So erhält die Armee 11 Milliarden weniger als beim rascheren Aufstocken. Nun liegen zwei Vorschläge auf dem Tisch.

Die Kommission beantragt, das Rüstungsprogramm der Armee für das laufende Jahr um einen Verpflichtungskredit in Höhe von 660 Millionen Franken zu ergänzen. Damit sollen bodengestützte Luftverteidigungssysteme mittlerer Reichweite beschafft werden. Die Kommissionsmehrheit ist angesichts der Entwicklung

der internationalen Lage der Ansicht, dass die Lücken der Armee in diesem Bereich rasch geschlossen werden müssen und die Schweiz schnellstmöglich die entsprechende Bestellung aufgeben sollte, damit sich die Lieferung nicht zu stark verzögert und die Beschaffung zu den aktuellen Preisen erfolgen kann.

Weiter beantragt sie, den Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen der Armee 2025-2028 zu genehmigen. Dabei soll der Ausgabenplafonds auf 29.8 Milliarden Franken angehoben werden, was einer Anhebung von rund einer Milliarde pro Jahr entsprechen würde.

Umgehung der Schuldenbremse

Doch folgender Deal lässt aufhorchen: Die Kommissionsmotion beauftragt den

Bundesrat, ein Bundesgesetz über einen ausserordentlichen Beitrag für «die Sicherheit der Schweiz und den Frieden in Europa» angesichts des Krieges gegen die Ukraine auszuarbeiten. So soll ein spezialgesetzlich geregelter, befristeter Fonds geschaffen werden, der die Armeeaussgaben mit 10.1 Milliarden und die Wiederaufbauhilfe in der Ukraine mit fünf Milliarden Schweizer Franken finanziert. Der Fonds soll an der Schuldenbremse vorbei und damit ausserhalb des ordentlichen Budgets vorbeigebracht werden. Der Grund für die Verknüpfung: Die beiden Zwecke des Fonds hätten einen unmittelbaren Zusammenhang, und ausserdem sei es zurzeit die einzige politisch mehrheitsfähig Lösung.

Die Schuldenbremse werde umgangen, weil die Kommission es für unmöglich halte, eine solch hohe Summe über das ordentliche Budget zu stemmen. Deshalb soll das Instrument der Ausserordentlichkeit genutzt werden, da es die nötige Flexibilität für Ausnahmefälle biete. Ausserdem sei die sicherheitspolitische Lage in Europa Grund genug. Kommissionspräsidentin Andrea Gmür (Mitte/LU) fragt dazu: «Was soll eine ausserordentliche Situation sein, wenn nicht ein Krieg in Europa?»

SVP und FDP dagegen

Die beiden rechten Parteien leisten Widerstand. Obwohl sie für die rasche Aufstockung des Armeebudgets einstehen, sehen sie den Spezialfonds als Angriff auf die Schuldenbremse. Die Verknüpfung der Armeebudgeterhöhung und der Ukraine-Hilfe und den Entscheid gegen den Bundesrat sieht der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli als falsch: «Der Bundesrat hat klar gesagt, dass die Mehrausgaben für die Armee nicht ausserordentlich verbucht werden können. Das ist nicht gesetzeskonform.»

Ob der Deal durchkommt, entscheidet am Ende das Parlament. Auch, woher das Geld genommen werden soll, lässt die Kommission offen. 

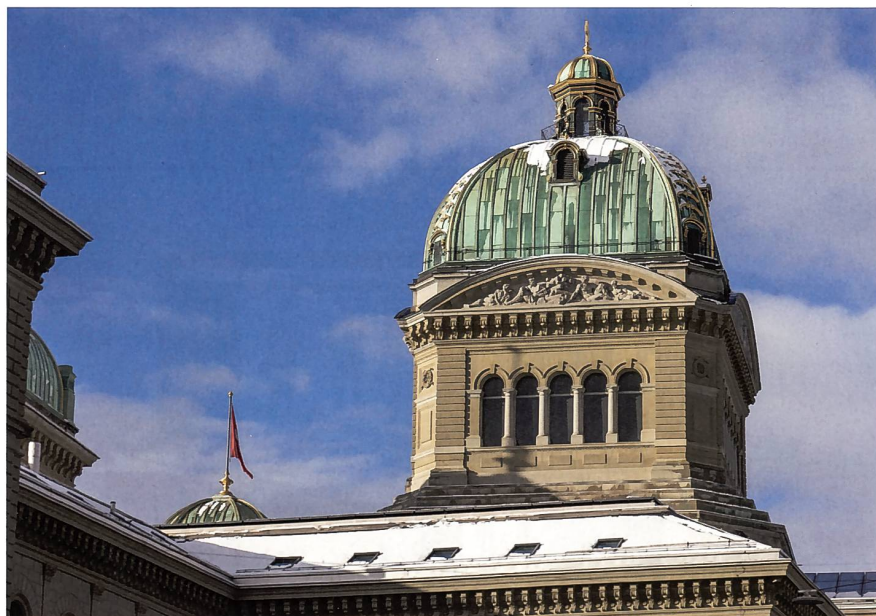


Bild: VBS

Ob die Pläne der SIK-S umgesetzt werden, entscheidet schliesslich das Parlament.